

Am 29.12.2022 schreibt  Wirtschaft: **Beamten-Versorgung nicht tragbar**

## **Wirtschaftsweiser plädiert für Kürzung von Pensionen**

**Beamte, die in den Ruhestand gehen, erhalten hierzulande eine großzügige Pension. An der Stelle sieht der Wirtschaftsweiser Werding Handlungsbedarf. Es gebe zu viele Staatsdiener, die Anspruch auf die Altersversorgung hätten. Um einen Kollaps zu vermeiden, müsse sich jetzt etwas ändern.**

Der Wirtschaftsweiser Martin Werding sieht dringenden Reformbedarf bei der Altersversorgung von Staatsbeamten. "Die Beamtenversorgung im Alter ist langfristig nicht tragfähig", sagte Werding der "Bild"-Zeitung. Vor allem bei den Ländern hätten sich mittlerweile große Pensionsansprüche angehäuft, die nicht ausreichend durch Rücklagen gedeckt seien. "Da kommt ein großes Problem auf uns zu", sagte der Ökonom. Hier seien Reformen nötig.

„Einerseits sind die Beamtenversorgungen sehr großzügig, da besteht Handlungsbedarf“, so Werding. „Andererseits sollte darüber nachgedacht werden, ob wirklich in allen Fällen hoheitliche Aufgaben erfüllt werden, also eine Verbeamtung wirklich notwendig ist.“ Da gebe es „sicherlich viele Fälle, in denen man die Situation kritisch hinterfragen muss“. Darüber hinaus sollten mit jeder Verbeamtung auch zugleich Rücklagen für die Altersversorgung gebildet werden. Dadurch würden die finanziellen Folgen für die Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen schneller spürbar, so Werding.

Der Wirtschaftsweiser forderte zudem, auch Mandatsträger in die Rentenkasse einzahlen zu lassen: "Eine Eingliederung der Bundestagsabgeordneten in die gesetzliche Rentenversicherung sollten wir diskutieren." Die heutige Situation provoziere den Vorwurf, "dass Gesetze von Menschen beschlossen werden, die selbst davon nicht betroffen sind".